

Antrag 92/II/2023**Abt. 04/98 Wilmersdorf-Nord****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Keine Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung!**

1 Wir fordern die Berliner Mitglieder der SPD-Fraktion im
2 Deutschen Bundestag auf, sich dafür einzusetzen, dass die
3 avisierten Kürzungen im Etat der Bundeszentrale für poli-
4 tische Bildung im Zuge der Haushaltsberatungen zurück
5 genommen werden.

6
7 Die geplanten Kürzungen sind nicht nachvollziehbar und
8 daher abzulehnen.

9

10 Begründung

11 Das Bundesinnenministerium plant eine Kürzung des
12 Etats der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) von
13 jetzt rund 96 Mio. auf etwa 76 Mio. € im Jahr (ab) 2024.
14 Das wäre ein Kürzung um mehr als ein Fünftel.

15

16 Zahlreiche Projekte der Demokratieförderung, die durch
17 die bpb kofinanziert werden, könnten gefährdet sein. Da-
18 bei ist zu erwarten, dass die Einschnitte vor allem den Be-
19 reich der Programmmittel treffen werden (etwa Bildungs-
20 fahrten, Seminare), weil Kürzungen hier am leichtesten
21 umzusetzen sind.

22

23 Wir fordern, dass die Bundesregierung ihr Kürzungsvorha-
24 ben noch einmal überdenkt und sich auf den Koalitions-
25 vertrag besinnt. Dort hält die Ampel-Koalition fest: "Po-
26 litische Bildung und Demokratieförderung sind mehr ge-
27 fordert denn je, denn auch in Deutschland steht die plu-
28 ralistische, freiheitliche Demokratie unter Druck. [...] Wir
29 wollen die Projektmittel der Bundeszentrale für politische
30 Bildung *erhöhen*".

31

32 Die in weiten Teilen rechtsextreme AfD steigt in den Um-
33 fragen und könnte in mehreren ostdeutschen Bundeslän-
34 dern stärkste Kraft bei Landtagswahlen werden: In ande-
35 ren europäischen Staaten regieren radikal rechte Parteien
36 mit. Dagegen fördert die bpb das politische und demokra-
37 tische Bewusstsein in der Bevölkerung.

38

39 Unsere Demokratie ist ein hohes Gut, die wir täglich ge-
40 gen jene schützen müssen, die sie abschaffen wollen!